

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses
am 23.09.2005**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 14:00 Uhr bis Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Erwin Bartsch	Die
Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die
Linkspartei. PDS	
Herr Rudenz Schramm	Die
Linkspartei. PDS	
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES
FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger
Frau Elli Kettmann	SKE
Frau Dr. Ulrike Wünscher	SKE
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Frau Sandra Sowoidnich	Verw
Herr Detlef Stallbaum	Verw
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verw
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Norbert Böhnke	SKE

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	vertreten durch Herrn Bönisch
Herr Milad El-Khalil	CDU	vertreten durch Herrn Bartl
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS	vertreten durch Frau Haerting
90/DIE GRÜNEN		
Frau Marianne Böttcher	SKE	
Frau Dr. Marga Kreckel	SKE	
Herr Konrad Potthof	SKE	
Frau Irina Stütz	SKE	

1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005,
Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003
Vorlage: IV/2005/05174

**zu 1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005,
Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr
2003
Vorlage: IV/2005/05174**

Wortprotokoll:

Herr Prof. Ehrler begrüßte die Ausschussmitglieder und Gäste; er stellte die Beschlussfähigkeit fest; er wies auf den Beschluss der September-Ausschusssitzung hin, die Maßnahmeblätter zur Haushaltskonsolidierung nochmals in dieser Sondersitzung zu beraten;

Frau Dr. Wünscher: Einladung lag nicht allen Ausschuss-Mitgliedern bzw. sachkundigen Einwohnern vor;

Herr Dr. habil. Marquardt (STICHWORTE: Notzeit der Stadt, wie sie es bisher noch nicht gab;

Investitionen müssen beim Landesverwaltungsamt (LVA) beantragt werden; zitiert aus dem Schreiben des LVA; Haushaltsbestätigung muss erreicht werden, da ab Januar 2006 die nächste vorläufige Haushaltsführung gilt, schnelle Entscheidung zu weiteren Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung ist dazu erforderlich; teilweise gibt es bestätigte Fachkonzepte, teilweise Organisationsuntersuchungen; Verantwortungsgemeinschaft Stadtrat-Verwaltung; Problem ist, dass Beschlüsse gefasst werden müssen, ohne dass jede Einzelheit geklärt ist; bis 2011 werden das Konsolidierungspotential und die Zeitschienen benannt; Zumutung für die Stadt wäre größer, wenn die Stadt keinen bestätigten Haushalt bekäme); die Eigenbetriebsausschüsse haben 3:2:1 (Thalia) und 4:1:0 (Kulturinsel) zugestimmt);

Herr Krause: Glaubwürdigkeitskrise für die Stadträte, Existenz von Einrichtungen ist gefährdet; Verantwortungsgemeinschaft: Beispiel Haushaltskonsolidierung kurzfristig behandeln, dies fördert nicht das Vertrauen; es geht um Arbeitsplätze; Druck ist für alle enorm; LVA gehört auch in die Verantwortungsgemeinschaft; (**Herr Dr. habil. Marquardt:** Stadtrat und Verwaltung sind gemeinsam in dieser Krise, Druck entsteht aus den kurzen Entscheidungszeiträumen, die zur Verfügung stehen);

Frau Dr. Wünscher: Glaubwürdigkeitskrise betrifft alle, Gewichtung kommt aus dem Ausschuss; seit wann kennen die Einrichtungen die Maßnahmeblätter? Man kann nicht gegen Einrichtungen sparen; betroffene Einrichtung muss gehört werden bzw. einbezogen werden;

(**Herr Dr. habil. Marquardt:** sehr unterschiedlich und sehr kurzfristig; Zeitschiene war sehr knapp; Kritik wird akzeptiert; Einrichtungen mit Fachkonzept und Organisationsuntersuchung kennen die Daten der Haushaltskonsolidierung bereits länger);

Frau Ewert: unangenehme Atmosphäre im Theaterausschuss, Sitzung sollte Erhellung für Stadträte bringen; fehlerhaftes Maßnahmeblatt, großer Druck im Theaterausschuss; (**Herr Dr. habil. Marquardt:** Mehrarbeit musste auf wenige Mitarbeiter aufgeteilt werden, entschuldigte sich und bat um Verständnis);

Herr Krause: beide Theaterausschüsse mit unkorrekter Grundlage? (**Herr Dr. habil. Marquardt:** nein, Unterlagen (ein Blatt) wurden sofort ausgetauscht);

Behandlung der einzelnen Maßnahmeblätter

Konzentration der Werkstätten

Herr Krause: entspricht die Begründung der aktuellen Situation? (**Herr von Sohl:** Haustarifvertrag ist für 3 Jahre abgeschlossen, Plausibilität der Vorlage ist seines Erachtens nicht gegeben);

Frau Dr. Wünscher: Beschluss zu den Opernhauswerkstätten: eigener Unterabschnitt, ein Jahr ansehen, um Entscheidung treffen zu können; Werkstatt Händel-Haus und Theaterwerkstätten – welche Synergien und Effekte werden erwartet?

Herr Schramm: Konzentration bis 2009 abgeschlossen; es sollte als Privatisierung bezeichnet werden, nicht als Konzentration;

Frau Dr. Haerting: trotz Ausgliederung muss doch die Einrichtung Aufträge auslösen, es muss also eine Gegenrechnung mit Inszenierungskosten geben; (**Frau Sowoidnich:** Gegenrechnung ist erfolgt);

Frau Wolff: Zweifel an der Einsparung der Personalkosten;

Herr Prof. Ehrler: Konzentration ist kein Wegfall der Einrichtung;

Herr Dr. habil. Marquardt: Maßnahme ist eine Idee, die der Notsituation geschuldet ist; Pflicht der Untersuchung besteht; LVA muss Verschiebung akzeptieren, wenn in bestimmten Bereichen das Konsolidierungsziel nicht erreicht wird; es muss dann die Kompensation aus anderen Bereichen der Kultur erfolgen;

Frau Dr. Wünscher: Blatt dürfte es nicht geben; 54 Personen ist eine unvorstellbare Anzahl;

Herr Krause: öffentliche Behandlung des Haushalts; 54 Stellen einsparen, kann nicht das Ziel sein;

Frau Dr. Haerting: LVA erkennt doch auch die Widersprüche in dieser Maßnahme; Streichung umfasst fast alle Kosten;

Frau Wolff: was kostet es, wenn alles von außen gegeben wird; (**Herr Dr. habil. Marquardt:** bisher keine Gegenrechnung, es kann bis zur Privatisierung gehen, aber Untersuchung muss zunächst stattfinden, um alle Fragen zu beantworten; Maßnahmenblatt gibt den Weg an);

Frau Wolff: Konsolidierung nicht durch diese Maßnahme, woher dann Kompensation?

Herr Dr. Bartsch: was sagt das Fachkonzept Opernhaus zu den Werkstätten?

Frau Hock: allgemeine Formulierung nimmt das LVA nicht entgegen, Einsparung betrifft nicht Personalkosten, sondern Zuschuss, Zuschuss muss auf „0“ gebracht werden; Untersuchung muss gemacht werden, kostet möglicherweise 30 T €;

Frau Ewert: 54 Personen gehen? (**Frau Hock:** Zuschuss muss reduziert werden);

Herr Dr. habil. Marquardt: Formulierung könnte heißen „würden“ statt „werden“

Herr Bartl: Kienbaum-Studie: ist der Weg möglich?; LVA erwartet Verbindlichkeit der Vorschläge; (**Herr Dr. habil. Marquardt:** Kienbaum hat den Hinweis gegeben, dass die Werkstätten betrachtet werden müssen);

Frau Hock: LVA-Verhandlung läuft, Maßnahmen müssen konkret benannt werden und in 2006 untersetzt werden; in den Folgejahren sind kontinuierlich Anpassungen notwendig; Konsolidierungskonzept muss plausibel sein und ist wandelbar;

Herr Bartl: Plausibilität, aber Veränderlichkeit ist gegeben;

Herr Schramm: Grundsatz: 8,0 Mio. € können bis 2012 eingespart werden?; 2. Frage: Sind die Maßnahmen durchsetzbar; zusätzliche Mittel werden nicht kommen;

Frau Dr. Wünscher: als Gesamtpaket abstimmen und später Einzelbeschlüsse bedeutet einen „Freibrief“ für die Verwaltung;

Herr Krause: Verfahrensweise war in der letzten Sitzung schon klar, Frage ist für ihn, kann die Summe insgesamt beschlossen werden? Herr Dr. habil. Marquardt antwortet mit „nein“, daraus ergibt sich das Glaubwürdigkeitsproblem; Gesamtsumme beschließen und Einzelkonzepte vorlegen lassen;

Frau Wolff: Summe muss erbracht werden; kein Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung, dann Kienbaum-Studie Opernhaus konnte nur auf Nachfrage eingesehen werden, letztlich müssen die Maßnahmen umgesetzt werden; (**Herr Dr. habil. Marquardt:** LVA muss Bewegung akzeptieren, Eckwerte-Vorstellungen wurden vor Jahren auch akzeptiert; Unwägbarkeiten müssen akzeptiert werden; werden 8,0 Mio. Euro bei der Kultur nicht erreicht, müssen andere Bereiche ausgleichen; andere Vorschläge werden von der Verwaltung akzeptiert);

Herr Bönisch: Prinzipielle Möglichkeit, dass die Summe erbracht werden kann; aktuelle Anpassung in den Folgejahren; 8,0 Mio. Euro sind Vorgabe, diese wird untersucht; wenn 8,0 Mio. Euro nicht kommen können, muss neu entschieden werden; Vorschläge müssen von der Verwaltung kommen; aus heutiger Sicht: Verfahren ist nicht o.k., aber Entscheidung sollte getroffen werden; heute keine Einzeldiskussion; LVA will den Grundsatz; Konsolidierung ist ohne Alternative; heute Gesamtbeschluss;

Herr Krause: Respekt vor der geäußerten Meinung, aber die Realität sieht anders aus, es gibt keine wirklichen Konzepte, im nächsten Jahr wird es eine ähnliche Drucksituation geben, dann Hinweis auf die heutige Beschlussfassung; Basis des Beschlusses ist unbekannt; Einzelblätter sind nicht plausibel; Unruhe in den Häusern besteht;

Herr Prof. Ehrler: LVA erwartet konkrete Maßnahmen, Stadträte müssen entscheiden;

Herr Dr. habil. Marquardt: Einzelkonzepte kommen in jedem Fall; Flexibilisierung ist ein Teil der Konsolidierung; Einsichtnahme in das Kienbaum-Gutachten ist erst möglich, wenn die Einrichtungen das Gutachten haben;

Frau Wolff: LVA verlangt umsetzbare Vorschläge, Stadträte müssen erkennen, was sie beschließen; viertes Fachkonzept zu den Werkstätten, bereits das Fachkonzept Opernhaus enthält Aussagen zu den Werkstätten;

Frau Ewert äußerte ihre Sorge, dass die Machbarkeit neuerer Planungen, wie z. B. Theater der Welt 2008, nicht mehr überblickt werden kann, sie bat darum, regelmäßig über die Haushaltskonsolidierung informiert zu werden; (**Herr Dr. habil. Marquardt:** diese regelmäßige Information wird erfolgen, Verschiebungen werden in diesem Zusammenhang dargestellt);

Herr Schramm: die Flexibilität der Konsolidierung muss gegeben sein, Verwaltung müsste ein größeres Paket anbieten, aus dem die Stadträte Konsolidierungsmaßnahmen auswählen können;

Herr Prof. Ehrler: Ausschuss sollte sich auf die Betrachtung der Einzelmaßnahmen konzentrieren;

Frau Wolff: bedeuten geringere Landeszuweisungen zusätzliche Konsolidierung? (**Frau Hock:** die geringeren Landeszuweisungen führen unter anderem zum Konsolidierungspaket 2, Konsolidierungspaket 1 hat gegriffen);

Herr Bönisch stellte den Geschäftsordnungsantrag, dass keine Einzelbetrachtung stattfinden sollte, sondern nur über die grundsätzliche Konsolidierungssumme (ca. 8,0 Mio. €) abgestimmt wird; es fehlen Entscheidungsalternativen; z. Z. können nur die Werte 2006 wirklich überblickt werden;

Herr Prof. Ehrler: diese Sitzung soll der Information dienen,

Frau Dr. Haerting: der Geschäftsordnungsantrag bedeutet, dass die Stadträte keine zusätzlichen Informationen erhalten;

Herr Krause: Einrichtungen sollten gehört werden;

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag (keine Einzelmaßnahmen besprechen, sondern die Konsolidierungssumme abstimmen):

2 x Zustimmung

7 x Ablehnung

1 x Enthaltung

Die Beratung zu den einzelnen Maßnahmen wird fortgesetzt.

Herr Dr. Werner: für die Restaurierungswerkstatt des Händel-Hauses gab es bereits eine Organisationsuntersuchung, Resultat: die Kapazitäten sind sinnvoll eingesetzt, besser als Leistungen nach außen zu geben und zu finanzieren; Restauratoren transportieren mit sehr geringem Aufwand Instrumente im Händel-Haus; einen Restaurator benötigt das Museum in jedem Fall für Ausschreibungen und Schadensbeurteilung etc.; Kürzungen – ja, aber Konzentration ist nicht machbar und vernünftig; Restauratoren für Musikinstrumente, Restaurierung von Noten und Büchern wird über den Förderverein finanziert;

Herr Jakob: Papierrestauration im Stadtarchiv arbeitet sehr effektiv, für die Restaurierungswerkstatt wurden mehr als 100 T € investiert, Konzentration scheint nicht umsetzbar;

Zuschuss-Senkung an die Sprechtheater

Herr Werner: Theater erhielt das Maßnahmeblatt gestern Mittag; Beratung im Theaterausschuss war deshalb sehr problematisch; Einsparung in der Kulturinsel von 1,1 Mio. € entspricht dem Haushalt des Puppentheaters oder bedeutet die Streichung von 40 Stellen; zur Zeit besteht eine völlig neue Situation, da Haushaltskonsolidierung und Einsparungen Kienbaum gebracht werden müssen, dies wird nicht umsetzbar sein, damit wird das Theater kaputt gespart; es müssen ernsthafte Gespräche über andere Wege geführt werden; Theater erbringt Haushaltskonsolidierung trotz steigender Preise; kurzfristige Information lässt keine vernünftige Vorbereitung zu; Halle ist eine Kulturstadt, daran kann auch das LVA nichts ändern, mit diesen Stärken muss gewuchert werden;

Herr Dr. habil. Marquardt: Halle ist Kulturstadt, das LVA hat zur Zeit die Macht; Kulturinsel muss 22 Stellen kürzen, darüber hinaus ca. 350 T€ von (weitaus höheren) Gesamtbetrag bislang nicht erbrachter Haushaltskonsolidierung; Haustarifvertrag wird kommen müssen;

Frau Hock: es sollten noch keine Details besprochen werden, die werden im Fachkonzept erläutert, es müssen keine zusätzlichen 19 Stellen gestrichen werden; Theater hat bisher die Haushaltskonsolidierung nicht erfüllt, Herr Werner muss „Altschulden“ abtragen;

Herr Krause: bisher gibt es für ihn keine Basis für eine Entscheidung;

Frau Hahn: im Gutachten wird das Thalia Theater gelobt, die Vorschläge der Theaterleitungen wurden aufgenommen und von Kienbaum verschärft, so dass deren Absicht konterkariert wird; die Bemühungen der Theaterleitung werden damit nicht unterstützt, Zahlen des Gutachtens sind fehlerhaft, Gutachten benennt Stellen doppelt, auch in der Überarbeitung; (**Herr Dr. habil. Marquardt:** Dopplung ist korrigiert); Korrektur ist nicht erfolgt, Theater muss 18 Stellen bzw. Stellenäquivalente streichen;

Herr Bönisch: was schreibt das LVA genau zur Kultur? (**Herr Dr. habil. Marquardt** zitiert aus dem Schreiben: „exorbitante Ausgaben im Kulturbereich“);

Herr Bönisch: er muss die Sitzung verlassen, beschreibt noch einmal seine Ablehnung der Einzelbetrachtungen;

Frau Ewert: gibt es in dieser Sitzung eine nochmalige Abstimmung oder nicht? (**Herr Dr. habil. Marquardt:** nur wenn der Ausschuss dies will, es gibt bereits eine Beschlusslage);

Strukturveränderung Stadtarchiv

Herr Jakob: die Maßnahmen sind mit dem Stadtarchiv abgestimmt und teilweise schon umgesetzt;

Gründung eines Museumsverbunds

Herr Dr. Hirte: Absage zum Druckereigebäude wird das Stadtmuseum mittelfristig behindern; Maßnahme sieht die Fortsetzung der begonnenen Konzentration vor; Regelungen müssen mit dem Nachfolger von Herrn Dr. Werner getroffen werden; Konzentration bei den Aufsichten ist bereits passiert;

Herr Dr. Werner: im Bereich der Aufsichten sind die Möglichkeiten bereits sehr eingeschränkt;

Herr Dr. habil. Marquardt: diese Maßnahme ist noch sehr vage, es müssen noch detaillierte Untersuchungen stattfinden;

Fachkonzept Opernhaus

Herr von Sohl: Fachkonzept ist abgestimmt und bereits in der Beigeordnetenkonferenz beschlossen;

Herr Dr. Bartsch: Personalkosteneinsparungen bis 2030 ? (**Herr von Sohl:** nein, diese werden durch die Haustarifverträge kompensiert);

Herr Krause: Premierenstreichung? (**Herr Dr. habil. Marquardt:** es ist beim Opernhaus bis Jahresende ein beträchtliche Defizit von über 900 T€ zu erwarten, deshalb musste die Stadt eine Entscheidung fällen, um eine Erhöhung dieses Defizits zu verhindern; für die Höhe des Defizits ist auch der FAS- Beschluss verantwortlich; Uraufführung ist nur verschoben, sie bleibt ein wichtiger Beitrag zum Jubiläumsjahr);

Herr Krause: Folgekosten der Entscheidung? Premiere 2006? Gibt es kein konstruktives Verhandeln mit dem LVA?

Frau Dr. Wünscher: Künstler tragen die Folgen der Entscheidung; (**Herr Dr. habil. Marquardt:** die Stadt musste bei der Mittelfreigabe eine Abwägung treffen, Stornierungskosten waren als Risiken nicht benannt; Verhältnis Stadt-LVA ist sehr schwierig: LVA sieht z. Z. keinen Gesprächsbedarf, Premiere wird 2006 stattfinden);

Frau Wolff: könnte die Stadt nicht klagen?

Herr Froboese: Wirkung der Absage der Premiere ist überregional verheerend; es ist Schaden für die Stadt entstanden; Magdeburg eröffnet zur gleichen Zeit ein Schauspielhaus; Opernhaus ist ständig um Konsolidierung bemüht;

Herr von Sohl: bisher sind nur anteilige Probenkosten von 8,5 T € angefallen; Folgen tragen gegenwärtig vor allem Dirigent und Komponist;

Herr Dr. habil. Marquardt: Opernhaus hat einen Vertrag mit der Stadt, die Leitung hätte selbst die Entscheidung treffen müssen;

Privatisierung Händel-HALLE

Herr Dr. habil. Marquardt: Maßnahme klingt unwahrscheinlich, aber es gibt bereits vier Interessenten; Gespräche laufen gemeinsam mit der BMA;

Frau Dr. Haerting: welche Kosten fallen durch die Privatisierung an? zukünftiges Profil der Halle? (**Herr Dr. habil. Marquardt:** Halle bleibt Heimstatt der Staatskapelle, Kosten müssen erst untersucht werden);

Frau Hock: BMA prüft, Ziel der Prüfung ist es, den städtischen Zuschuss auf „0“ zu reduzieren, Verkauf ist nicht das erste Ziel;

Herr Dr. Wöllenweber: steht die Händel-HALLE auf der BMA-Verkaufsliste? (**Herr Dr. habil. Marquardt:** nein, aber mindestens ein Interessent würde die Halle auch kaufen wollen);

Fachkonzept Kulturbüro

Herr Stallbaum: die Org.-Untersuchung hat stattgefunden und ist mit dem Kulturbüro abgestimmt, Einsparungen sind durch Aufgabenreduzierung und Ablaufoptimierung möglich;

Herr Dr. Bartsch: was wird mit dem KulturTreff Neustadt? (**Herr Stallbaum:** wird unter dem Begriff Passendorfer Schlösschen subsumiert);

Frau Wolff: was wird mit den kw-Stelleninhabern? (**Herr Stallbaum:** eine Mitarbeiterin ist bereits über Altersteilzeit ausgeschieden, die übrigen werden im Stellenplan des Kulturbüros nicht mehr geführt; **Frau Hock:** Stellen werden im Kulturbüro eingespart, kw-Stelleninhabern werden andere Aufgabenbereiche angeboten);

Fortschreibung des Fachkonzepts Konservatorium

Herr Krause: welche Auswirkungen haben die Stellenkürzungen?

Frau Ewert: Gebührenanhebung 50 % erscheint unverhältnismäßig hoch, gibt es keine schrittweisen Lösungen?

Herr Uhle: der Stellenabbau soll sozialverträglich verlaufen, erste Überlegungen gingen von einer Zeitschiene bis 2030 bzw. 2024 aus, Zeitschiene bis 2012 bedeutet, dass reichlich ein Drittel der Personalausgaben gesenkt werden müssen, Aufgabenübernahme muss durch Honorarkräfte erfolgen; Gebührenerhöhung um 50 % bedeutet, dass mindestens 20 % der Schüler verlorengehen, stufenweises Vorgehen wäre günstiger:

Herr Effner: Haushaltskonsolidierungsbeitrag von 680 bis 700 T € bedeutet 50 % Mehreinnahmen, Beispiel: der Einzelunterricht würde von 460 T € auf 700 T € steigen, Gebühren sollten in zwei Stufen erhöht werden; bei Instrumental- und Vokallehrern wurde der Anteil der festangestellten Lehrer bereits von 40,2 Vollzeitstellen auf 17,6 gesenkt;

Absenkung der Zuschusszahlungen

Herr Dr. habil. Marquardt: Maßnahme umfasst alle Förderungen der Stadt, im Kulturbereich (Pkt. 6) sollen ca. 2,0 Mio. € gespart werden; Schafschwingelweg soll im Interesse einer Konzentration in der Pustebume aufgegeben werden, Schafschwingelweg geht an den GB V;

Frau Wolff: wenn das Objekt in den GB V geht, wo bleibt da die Haushaltskonsolidierung?(**Frau Hock:** für GB IV ist es eine strukturelle Einsparung, soll als Kindertagesstätte weitergeführt werden);

Herr Dr. habil. Marquardt: über die Fortsetzung der Förderung Kiebitzensteiner wird in der kommenden Woche in der BK entschieden;

Sowohl **Frau Wolff** als auch **Herr Krause** sprachen sich ausdrücklich gegen eine Verlängerung der Kabarett-Förderung aus;

Herr Dr. habil. Marquardt: ab 2007 keine Ausgaben für die zweibändige Stadtgeschichte mehr;
Kürzung bei den Franckeschen Stiftungen soll über Dritte, mit denen die Verwaltungsspitze spricht, kompensiert werden; Händel-Festspiele müssen ab 2007 mit einem um 100 T € niedrigeren Zuschuss auskommen, vor allem Preiserhöhung;

Herr Krause sah darin einen richtigen Ansatz, Händels Open sollte wieder kostenfreie Veranstaltungen anbieten;

Herr Dr. Werner: Auslastung der Festspiele ist sehr gut, 100 T € sind ein sehr anspruchsvolles Ziel, Vergleich mit anderen Festivals hat Halle noch moderate Preise, aber es gibt Grenzen, Beispiel Donna Leon Lesung/Konzert;

Herr Fischbock (Direktion der Händelfestspiele): einige Vergleichszahlen mit den Salzburger Festspielen (in Klammern Halle): Aufführungen 188 (58), Dauer 38 Tage (11), Besucher 238.000 (45.000), Budget 46 Mio. € (1,6 Mio. €), eigene Einnahmen 23 Mio. € (320 T €), Sponsoren (4,9 Mio. € (137 T €)), öffentliche Zuwendungen 12,9 Mio. € (1,1 Mio. €), Mitarbeiter 186 (6), Honorarkräfte 3604 (20);

Frau Wolff: mit diesen Vergleichen sollte man vorsichtig umgehen, der finanzielle Druck auf die Stadt ist sehr groß; Einnahmesituation muss verbessert werden;

Herr Dr. habil. Marquardt: die Forderung auf Zuschussreduzierung muss beibehalten werden, es kann nicht mehr alles wie früher finanziert werden, es ist Aufgabe des Managements der Festspiele, für die Zuschussreduzierung Vorschläge zu unterbreiten machen;

Herr Dr. habil. Marquardt: Freie Komödianten ab 2010 ohne städtische Förderung, ein entsprechendes Konzept der Freien Komödianten wird gegenwärtig in der Verwaltung beraten;

Herr Krause bat darum, dass der Beschluss zum Kabarett aus dem Jahr 2001 zur Verfügung gestellt wird;

Herr Dr. habil. Marquardt: gegenwärtig prüfen die Leiter der Konzerthalle Ulrichskirche und der Galerie Marktschlösschen, ob die Ulrichskirche gemeinsam genutzt werden kann; ab 2009 soll das Künstlerhaus keine Förderung mehr erhalten;

Herr Dr. Bartsch: das bedeutet die Schließung des Hauses;

Herr Krause: die Auswirkungen für die freien Träger sind sehr bedeutend, sind die Vereine informiert? (**Herr Dr. habil. Marquardt:** bis auf das Künstlerhaus wissen alle über diese Vorschläge Bescheid, **Frau Hock:** Inhalt der jetzigen Beschlussfassung zum Künstlerhaus ist es, dass 2007 über die weitere Zukunft des Hauses entschieden werden soll);

Herr Schramm: aus seiner Sicht ist die regelmäßige Beschäftigung mit diesen Maßnahmen im Kulturausschuss notwendig;

Frau Wolff: was bedeutet eine weitere Absenkung der Zuschuss-Zahlen um 5 %? (**Herr Dr. habil. Marquardt:** die besprochenen Maßnahmen sind damit gemeint, darüber hinaus gibt es keine weiteren Kürzungen bei der Projektförderung);

Herr Effner gab noch den Hinweis, dass die Einrichtungen mit Ausgabenerhöhungen belastet werden, die sie nicht beeinflussen können – kalkulatorische Kosten, ZGM, Reinigungskosten etc.;

Herr Krause bat die Verwaltung um eine Aufstellung, aus der die Entwicklung dieser Kosten hervorgeht;

Abschließend verständigten sich die noch anwesenden Stadträte, dass keine neue Abstimmung notwendig ist, das bereits abgegebene Votum des Ausschusses (14.09.05) muss nicht verändert werden.

Herr Prof. Ehrler entschuldigte sich ausdrücklich für seine unbedachte Äußerung zu Herrn Bönisch und verabschiedete die Ausschussmitglieder und Gäste.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08
